Deutscher Gewerkschaftsbund

SPERRFRIST:
1. Mai 2019, Redebeginn

REDE

Es gilt das gesprochene Wort!

Elke Hannack
Stellvertretende DGB-Vorsitzende

1. Mai 2019
Saarbrücken

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lieber Eugen Roth, liebe Bettina Altesleben,

Glück auf zum 1. Mai! Das ist unser Tag. Der Tag der Gewerkschaften. In Deutschland, Europa und weltweit kämpfen wir heute gemeinsam für gute Arbeit und faire Löhne. Für eine sozial gerechte und solidarische Gesellschaft. Der 1. Mai ist auch der Tag der Demokratinnen und Demokraten!
Wir setzen ein klares Zeichen gegen Rechts! Der 1. Mai ist unser Tag! Den lassen wir uns nicht von Rechtspopulisten und Nazis nehmen! Für braunes Gedankengut ist da kein Platz! Weder in Deutschland, Europa noch weltweit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen knapp vier Wochen vor der Europawahl. Rund ein Viertel der 400 Millionen Wahlberechtigten weiß noch nicht, wen sie wählen sollen. Nur 43 Prozent wissen sicher, dass sie überhaupt zur Wahl gehen werden. Da heißt es auf den letzten Metern noch einmal Gas geben! Europa, jetzt aber richtig! heißt unsere Kampagne und unser Mai-Motto dieses Jahr! Jetzt heißt es Zupacken, statt reden! Mit unserer Kampagne sind wir seit Anfang des Jahres in der Republik unterwegs. Wir wollen aufwecken. Wir wollen aufklären. Wir wollen mobilisieren. Wir wollen, dass die Menschen verstehen, dass Europa wichtig ist. Und, dass es genau jetzt wichtig ist, wählen zu gehen. Und vor allem demokratisch zu wählen. Damit eben nicht die Populisten und Europaskeptiker auf dem Siegertreppchen stehen und unsere Europäische Idee kaputt machen.

Als DGB kämpfen wir heute am 1. Mai deshalb

- für ein soziales und demokratisches Europa!
- für ein Europa, das seine politischen Versprechen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern einlösen muss!
- für ein Europa, das für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer klare Verbesserungen bringt!
- für ein Europa, dass endlich die Gleichstellung von Frauen und Männern mit einer neuen Gleichstellungsstrategie angeht!
- für ein Europa, dass endlich Konzerne wie Google, Nokia und Co. Gerecht besteuert!
- für ein Europa mit mehr Demokratie und mehr Rechten für das Parlament!
- für faire Löhne in Europa und gegen Lohndumping!
- für sozialen Fortschritt in Europa!
- für ein Europa mit fairer Handelspolitik, für einen fairen globalen Wettbewerb!

Gerade vom letzten Punkt, Kolleginnen und Kollegen, könnt ihr hier im Saarland ein Lied singen. Ihr seid Europäer durch und durch. Die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist die Wiege der heutigen Europäischen Union! Ihr als Land der Stahlindustrie wisst: Europa muss endlich für faire Wettbewerbsbedingungen in der Stahlindustrie sorgen! Europa braucht auch in Zukunft eine wettbewerbsfähige Stahlindustrie mit qualifizierten Mitarbeitern und guten Arbeitsbedingungen! Protektionismus und unfaire Handelsabkommen sind Gift! Die Lösung heißt Europa. Wenn wir im globalen Wettbewerb ein Wort mitreden wollen. Und für fairen Wettbewerb brauchen wir endlich einen europäischen Rahmen! Die Herausforderungen sind ambitioniert. Nicht nur was Klimaschutzziele, Digitalisierung und 4.0, aufkeimender Protektionismus und der globale Wettbewerb, mit „Partnern“ wie China, den USA und, und, und. Das können wir nur gemeinsam europäisch angehen!

Kolleginnen und Kollegen, diese Wahl wird mehr als je zuvor darüber entscheiden, wie es politisch in Europa weitergeht. Haben wir ein europäisches Parlament, das alles dies mit uns umsetzen will? Das pro europäisch ist, progressiv und soziale Gerechtigkeit für ganz Europa ernst nimmt? Oder haben wir ein Europa, dessen Parlament die Euroskeptiker und Populisten aus den Angeln heben?

Wir haben es mit in der Hand! Geht wählen! Motiviert die Millionen Unentschlossenen und klärt auf über unsere DGB-Forderungen für ein solidarisches Europa!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der 1. Mai ist traditionell unser Tag, an dem wir klar machen, was sozial nicht gerecht ist in unserem Land. Und wo soziale Ungleichheit wächst. Und, wir fordern Politik und Arbeitgeber auf, ihren Job zu machen. Damit es wieder RUND läuft!

Dazu gehört, dass wir endlich etwas tun gegen Ausbildungslosigkeit. Mehr als zwei Millionen Menschen im Alter von 20 bis 34 Jahren haben keinen Berufsabschluss. Das sind 14,2 Prozent dieser Altersgruppe. 14,2 Prozent?! Was soll denn die Perspektive sein? Generation prekär? Oder Generation langzeitarbeitslos? Generation altersarm? Schluss damit! Gegen Ausbildungslosigkeit kann man etwas tun! Wir fordern von der Politik und den Betrieben, die assistierte Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen auszubauen. Eine abgeschlossene Berufsausbildung ist der Schlüssel zu einer eigenständigen Existenz und einem Leben in sozialer Sicherheit! Gebt diesen jungen Menschen eine Perspektive! Mit der sozialen Sicherheit ist das so eine Sache bei Azubis. Oft ist die Vergütung so gering, dass es kaum zum Leben reicht. Fakt ist: Überall da, wo die Vergütung besonders niedrig ist, ist die Abbrecherquote extrem hoch. Wenn ich dann unsere Bundesbildungsministerin sagen höre, sie will die duale Berufsausbildung attraktiver machen, dann denke ich: JA nur zu! Warum tut sie es nicht einfach? Wir haben als DGB unseren Vorschlag zur Mindestausbildungsvergütung gemacht. Geeint mit den Arbeitgebern. Wir warten! Der Kompromiss liegt auf dem Tisch. Ich hoffe, wir kommen der Sache nun näher. Der Ball liegt nun bei Frau Karliczek! Deshalb fordern wir heute zum 1. Mai wieder: Setzen Sie endlich die Mindestausbildungsvergütung um, Frau Karliczek!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

habt ihr mal in letzter Zeit mit jungen Leuten gesprochen, die ihren ersten Job haben? Nein? Ihr würdet nämlich die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Auch mit einem Ausbildungsplatz ist man nämlich nicht im Reich der Glückseligen. 40 Prozent aller Berufsanfänger starten in ihr Berufsleben mit einem befristeten Job. 40 Prozent, Kolleginnen und Kollegen! Das ist doch unfassbar. Es macht übrigens auch keinen Unterschied, ob private Wirtschaft oder öffentlicher Dienst. Letzterer hat seine Vorreiterrolle da schon lange aufgegeben. Mittlerweile ist die Befristungsquote im öffentlichen Dienst auf sagenhafte 15,6 Prozent geklettert!

Bei euch im Saarland arbeiten bei Land und Kommune 28.000 Tarifbeschäftigte. Davon sind 3.700 befristet angestellt. Diese Kolleginnen und Kollegen werden in ihrer beruflichen Entwicklung total ausgebremst! Besonders die Jungen unter ihnen trifft es hart. Familiengründung? Aufgeschoben! Das können wir als DGB nicht länger hinnehmen. Befristet bedeutet Arbeitnehmer zweiter Klasse! Im Herbst will die GroKo die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung angehen. Wir arbeiten daran, dass sie ihr Versprechen hält. Wir fordern zum ersten Mai: die sachgrundlose Befristung muss weg! Und zwar in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst!

Zu allem Überfluss, Kolleginnen und Kollegen, schaut es derzeit nach einem Kuhhandel aus. Gleichzeitig mit der Befristung soll die Arbeitszeitdebatte neu aufgemacht werden.

Kernanliegen der Arbeitgeber und einiger Unionspolitiker ist es, die Wochenarbeitszeit einzuführen und damit den Achtstundentag zu kappen! Im Klartext: 8 Stunden Tag abschaffen, Ruhepausen abschaffen, arbeiten rund um die Uhr und überall! Nicht mit uns, Kolleginnen und Kollegen!

Wir Gewerkschaften haben für den 8- Stunden- Tag lange gekämpft. Er ist eine echte Errungenschaft und schützt ALLE Beschäftigten! Es ist ein Schutzgesetz! Deshalb fordern wir heute am 1. Mai: Das Arbeitszeitgesetz muss bleiben! Stattdessen fordern wir endlich bessere politische Rahmenbedingungen für Tarifverträge!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

beim Thema Tarif gehört es zur guten Tradition am 1. Mai, unseren Kolleginnen und Kollegen alles Gute und viel Erfolg für die aktuellen Tarifverhandlungen zu wünschen. Das mache ich hiermit gern. Der DGB steht hinter euch! Dieses Jahr verhandeln die DGB-Gewerkschaften neue Vergütungstarifverträge für mehr als 7,3 Millionen Beschäftigte. Das ist gut. Tarifverträge sind ein Garant für gute Löhne und Arbeitsbedingungen. Aber zur Wahrheit gehört auch: nur noch 55 Prozent der Beschäftigten und 27 Prozent der Betriebe sind tarifgebunden! Das muss mehr werden! Zum 70 jährigen Jubiläum des Tarifvertragsgesetzes muss die Politik endlich mal die Rahmenbedingungen schaffen, Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich zu erklären! Eine langjährige DGB-Forderung. Dann könnten nämlich noch mehr Beschäftigte von guten Tarifverträgen profitieren! Übrigens, vor allem Frauen würden davon profitieren. In Betrieben mit Tarifverträgen haben wir längst keine Entgeltlücke von 21 Prozent! Und, dann würden auch mehr Frauen in kleineren Betrieben erfasst. Ein Tarifvertrag ist die beste gleichstellungspolitische Maßnahme, um die Entgeltlücke endlich abzubauen.

Und deshalb nun zu einer Tradition, mit der ich sehr gern brechen würde: Leider, und es ist echt nicht zu fassen, gehört es zur Tradition, dass ich zum ersten Mai fordere: Wir wollen endlich gleichen Lohn für Frauen und Männer! Wie lange sollen wir denn noch erklären, dass gleiche und vor allem gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn verdient?! Liebe Politik und Arbeitgeber, macht endlich euren Job!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

geringer Lohn im Arbeitsleben? Kindererziehung oder Pflegezeiten? Teilzeitarbeit? Das heißt nicht Gutes für die Rente im Alter. Mit dem Mindestlohn von 9,19 Euro kommt man nach mehr als 40 Beitragsjahren nicht mal auf eine Rente oberhalb der Grundsicherung. Die Zahl derer, die Grundsicherung im Alter beziehen, ist in den letzten rund 10 Jahren auf das 2,5fache angestiegen. Auch die Zahl derer, die zusätzlich zu ihrer Rente mit Leistungen aus der Grundsicherung aufstocken müssen, hat zugenommen. JA, wie kann denn sowas sein? Wie kann es denn sein, das Menschen, die fleißig eingezahlt haben, am Ende zum Sozialamt gehen müssen? Wie unwürdig ist das denn? Was soll das sein? Wertschätzung von Lebensleistung etwa? Das muss sich ändern! Für uns heißt es „Grundrente" jetzt! Und zwar ohne Bedürftigkeitsprüfung! Die Lebensleistung von Menschen muss gewürdigt werden. Wer 35 Jahre und mehr Grundrentenzeiten vorzuweisen hat, verdient Rente und nicht Almosen! Für Frauen wäre die Grundrente ein echter Gewinn! Neben Beitragsjahren zählen auch Kindererziehungszeiten und Pflege von Angehörigen dazu! Von der Grundrente würden 2 Millionen Frauen profitieren. Das ist jede fünfte Rentnerin. Das ist Gerechtigkeit! Das ist Wertschätzung von Lebensleistung.

Wer im Schnitt einen Lohn von 1.300 Euro im Monat brutto verdient hat, würde dann eine Rente von wenigstens 896 Euro bekommen. Es geht um Wertschätzung und Würdigung der Lebensleistung! Das sollte es der Gesellschaft wert sein.

Heute zum 1. Mai fordern wir als DGB: Grundrente jetzt! Und zwar ohne Bedürftigkeitsprüfung! Für ein menschwürdiges Leben im Alter!

DGB-Bundesvorstand Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

www.dgb.de Tel.: +49 30/24060-211 Fax: +49 30/24060-324

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ihr alle habt mitbekommen: „Fridays for future" ist die Bewegung von Schülerinnen und Schülern, die sich freitags mit Demonstrationen für den Klimaschutz einsetzen. Das ist gut. Wir alle wollen, dass wir unsere Klimaschutzziele erreichen. Auch wir Gewerkschaften wollen das. Aber Klimaschutz, gut bezahlte Arbeit und wirtschaftlicher Wohlstand dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Oder anders gesagt: Diejenigen, die freitags demonstrieren, dürfen nicht vergessen, dass ihre Eltern einen gut bezahlten Arbeitsplatz in der Industrie haben. Und ich gehe davon aus, sie wollen ihn auch in Zukunft behalten! Es ist politisch gewollt und notwendig, aus der Braunkohleverstromung auszusteigen. Wir haben aber immer gesagt, dass die Beschäftigten sichere Zukunftsperspektiven brauchen. Das wir strukturelle und finanzielle Hilfe für die betroffenen Regionen fordern. Das heißt auch, alle Beteiligten müssen den Preis für finanzielle Strukturfördermaßnahmen in den betroffenen Regionen mitbezahlen. Das ist, grob gesagt, der Kompromiss der Kohlekommission. Allerdings nur für die Braunkohleländer. Ich verstehe, dass ihr als ehemaliges Steinkohlebergbauland zutiefst enttäuscht seid. Enttäuscht darüber, dass ihr nicht von solchen Maßnahmen profitieren konntet. Ihr habt 2012 den Steinkohlebergbau eingestellt. Und alles alleine stemmen müssen. Der Strukturwandel ist aber noch längst nicht vollzogen. Ich sage nur FORD Saarlouis, die Stahlindustrie und die Ewigkeitslasten der Grubenwasserproblematik. Und das habt ihr deutlich gemacht. Mit mehr als 50 saarländischen Bürgermeistern, Landräten und Gemeindevertretern seid ihr dafür nach Berlin gezogen! Als DGB stehen wir in euren Forderungen hinter euch!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

habt ihr in letzter Zeit schon mal versucht, mit einem durchschnittlichen Arbeitnehmergehalt in Berlin, Frankfurt oder anderen Ballungszentren eine Wohnung zu mieten? Allein in Berlin fehlen über 300.000 Wohnungen. 40 bis 45 Prozent ihres Nettogehaltes müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer inzwischen für Wohnen ausgeben. Das ist fast die Hälfte des Einkommens! Da kann Mieten schon mal schnell zu einer existenziellen Frage werden. Wir als DGB fordern deshalb heute am 1. Mai: Baut endlich neue, bezahlbare Wohnungen! Wir brauchen mehr als 400.000 neue Wohnungen jährlich! Was wir nicht haben, ist mehr Zeit! Und dazu brauchen wir endlich mehr Personal in den Kommunen! Jahreslanges Einsparen im öffentlichen Dienst beschleunigt schließlich keine Bauanträge! Interessanterweise beschweren sich darüber diejenigen am Lautesten, die jahrelang diesen Personalabbau nicht nur mitgetragen haben, sondern ihn wollten! Mit dem Verständnis von Investitionen ist das so eine Sache.

Die Polizistinnen und Polizisten, die Lehrerinnen und Lehrer, die Kolleginnen und Kollegen im Justizbereich oder in der Verwaltung aus dem Saarland kennen das gut. Sie werden mit am schlechtesten bezahlt. Mit welchem Recht? Und warum sollen nun diejenigen, die am schlechtesten bezahlt werden im Ländervergleich auch noch am längsten auf mehr Geld warten?! Ganz ehrlich, das leuchtet mir echt nicht ein. Das Tarifergebnis für die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder soll wieder zeitlich verzögert übertragen werden. Das ist doch genau das falsche Signal! Sowohl an die, die heute schon für das Gemeinwohl arbeiten. Aber auch für diejenigen, die für die Zukunft ja dringend gesucht werden!

Bis 2027 gehen von den 46.000 Beschäftigten rund 30 Prozent in den Ruhestand! Vor ganz anderen Herausforderungen stehen die Polizistinnen und Polizisten hier im Land: Die Kolleginnen und Kollegen haben bis 2018 rund 259.000 Mehrarbeitsstunden geleistet. Die Tendenz: steigend. Die Zeche zahlen wieder diejenigen, die alles am Laufen halten. Das sind echt Zustände, die wir so nicht mehr hinnehmen können! Kürzen und Einsparen ist keine Investitionspolitik!

Ob bei der Übertragung des Tarifergebnisses oder beim Personal! Also, deshalb fordern wir zum 1. Mai: Dringend mehr staatliche Investitionen für den öffentlichen Dienst!

DGB-Bundesvorstand Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

www.dgb.de Tel.: +49 30/24060-211 Fax: +49 30/24060-324

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit sechs Millionen Mitgliedern sind wir eine starke Organisation. Wir können vieles erreichen. Lasst uns raus gehen zum 1. Mai und gemeinsam für ein solidarisches und gerechtes Europa kämpfen! Für gute Löhne, gute Arbeits- und Lebensbedingungen, eine menschenwürdige Rente, für eine sozial gerechte Gesellschaft! Wählt am 26. Mai ein soziales, fortschrittliches Europa! Wählt demokratisch und motiviert die Wankelmütigen! Unser Dank gilt euch und eurem gewerkschaftlichen Engagement. Unser Dank gilt auch unseren Kolleginnen und Kollegen, die sich als Betriebs- und Personalräte in den Betrieben und Dienststellen für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne stark machen. Danke für euer Engagement!

Herzlichen Dank und Glück auf!

DGB-Bundesvorstand Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

www.dgb.de Tel.: +49 30/24060-211 Fax: +49 30/24060-324